

Gastbeitrag

# Stabilitätsprinzipien ade

Mit dem Euro-Rettungspaket ist der Weg in die Verantwortungslosigkeit programmiert

Von unserem Gastautor  
**LÜDER GERKEN**

Die Beschlüsse der EU-Finanzminister in der Nacht zum 10. Mai markieren eine Zäsur in der Geschichte des Euro. Die EU-Finanzminister haben ein Hilffsystem beschlossen, das für Mitgliedsstaaten mit Finanzschwierigkeiten beachtliche Summen bereitstellt: Die EU kann bis zu 60 Milliarden Euro am Kapitalmarkt aufnehmen und an die betroffenen Staaten durchreichen, die Mitgliedsstaaten gewähren bilaterale Kredite bis zu 440 Milliarden Euro, der Internationale Währungsfonds (IWF) stellt Kredite bis maximal 250 Milliarden Euro bereit. Insgesamt stehen damit 750 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Europäische Zentralbank (EZB) erklärt sich zudem bereit, Anleihen von kriselnden Mitgliedsstaaten aufzukaufen. Der Weg des Euro hin zur Weichwährung ist vorgezeichnet. Aus einer Stabilitätsgemeinschaft wird eine Schuldengemeinschaft. Dies ist ökonomisch bedenklich und ein Rechtsbruch.

## Zweifel an der Bonität

Um sich rechtlich abzusichern, ziehen die Finanzminister Artikel 122 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) heran, wonach die Europäische Union Mitgliedsstaaten helfen darf, wenn diese sich beispielsweise einer Naturkatastrophe ausgesetzt sehen, die sie nicht beeinflussen können und deren Bewältigung sie überfordert. Es ist aber keine Naturkatastrophe, wenn die Kapitalmärkte hoch verschuldeten Staaten signalisieren, dass sie an ihrer Bonität zweifeln. Das haben diese Staaten selbst zu verantworten. Hier gelten die Artikel 123-125 AEUV, die eine Haftungsgemeinschaft in der EU ausschließen. Indem man diese Regelungen in einer Nachtsitzung übergang, schuf man faktisch eine Transferunion. Die Deutschen wären unter diesen Umständen kei-

Lüder Gerken



Zu den Arbeitsschwerpunkten des habilitierten Wissenschaftlers Dr. Lüder Gerken gehören nationale und internationale Ordnungspolitik, Europäische Integration und Wettbewerb der Staaten. Gerken ist Direktor des Freiburger Centrums für Europäische Politik, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Ordnungspolitik und Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung. FOTO: CTP

nesfalls bereit gewesen, die D-Mark aufzugeben. Mit dem Übergang von einer Gemeinschaft eigenverantwortlicher Staaten hin zu einer Haftungsgemeinschaft, in der der eine für die Versäumnisse des anderen haftet, ist der Weg in die

Verantwortungslosigkeit programmiert. So ist der Druck genommen, drastische und zum Teil auch schmerzhaft Reformanstrengungen zu unternehmen. Für jede Regierung wird es erträglicher sein, im Vertrauen auf Ausgleichszahlungen von ihren Bürgern keine gravierenden Spar- oder Reformanstrengungen zu verlangen. Die Folge: Eine Wirtschaftsregion als Subventionsregion verliert ihre Dynamik. Am Ende geht es allen schlechter. Dass in den Brüsseler Nachtstunden auch noch die EZB entmachtete wurde, ist der nächste Schritt zur Destabilisierung unserer Währung. Die EZB ist jetzt nicht mehr unabhängig. Sie wird zum Mitspieler in der Haftungsgemeinschaft.

Es hätte nicht so kommen müssen. Deutschland hat es versäumt, ein Junktim (Koppelung) zwischen den Hilfszahlungen und der Reform des Stabilitätspaktes herzustellen. Nur dann hätte es eine realistische Chance gegeben, ein Höchstmaß der eigenen Stabilitätsvorstellungen durchzusetzen. Der Verzicht auf ein Junktim war ein fundamentaler Fehler.

## Verschärfung des Stabilitätspaktes

Was lässt sich tun, damit die Kapitalmärkte wieder an die Bonität der Mitgliedsstaaten glauben? An der Sanierung der Haushalte führt kein Weg vorbei. Eine substanzielle Verschärfung des Stabilitätspaktes ist ebenfalls unverzichtbar. Zwingend ist ein Automatismus. Wer auch immer die Defizitkriterien überschreitet, muss mit automatischen Sanktionen rechnen. Das heißt: Der Verstoß wird nicht mehr durch den Ministerrat im Zuge eines politischen Prozesses festgestellt. Als Strafen sind neben Geldbußen auch die Kürzung von EU-Zahlungen und die Reduzierung oder gar der Entzug der Stimmrechte im Rat einzuführen. Und: Die Möglichkeit, Länder aus der Eurozone auszuschließen, muss als ultima ratio (letzte Möglichkeit) eröffnet werden. Nur so gibt es noch eine letzte Chance, die Stabilität unseres Geldes zu retten.

## Hilfe für Griechenland

Das Hilfspaket für Griechenland umfasst Kredite von 110 Milliarden Euro bis zum Jahr 2012.

Die Kreditsummen der Euroländer

|             |                 |           |      |
|-------------|-----------------|-----------|------|
| Deutschland | 22,34 Mrd. Euro | Finnland  | 1,48 |
| Frankreich  | 16,78           | Irland    | 1,31 |
| Italien     | 14,74           | Slowakei  | 0,82 |
| Spanien     | 9,79            | Slowenien | 0,38 |
| Niederlande | 4,70            | Luxemburg | 0,21 |
| Belgien     | 2,86            | Zypern    | 0,16 |
| Österreich  | 2,29            | Malta     | 0,07 |
| Portugal    | 2,06            |           |      |

